

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	004/0016/2015
	Erstelldatum:	25.11.2015
	Aktenzeichen:	Referat 4 Dr. K / bf
Seniorenpolitisches Gesamtkonzept		
Referat für Jugend, Senioren und Soziales Verfasser: Herr Martin Reinhardt		
Beratungsfolge	10.12.2015	Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss
	21.12.2015	Stadtrat

Beschlussvorschlag:

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept spiegelt den Bedarf und Wünsche der Bürger wieder und dient als Basis für künftige Entscheidungen in der kommunalen Seniorenpolitik der Stadt Amberg.

Sachstandsbericht:

a) Beschreibung der Maßnahme mit Art der Ausführung

Die Stadt Amberg hat nach dem Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) den Auftrag, den für ihren Bereich erforderlichen längerfristigen Bedarf an Pflegeeinrichtungen festzustellen.

Die Bedarfsermittlung ist Bestandteil eines integrativen, regionalen seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes, das nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Lebenswelt älterer Menschen mit den notwendigen Versorgungsstrukturen sowie neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen im ambulanten Bereich umfasst. (Artikel 69 AGSG).

Mit Beschluss vom 17.11.2014 hat der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, für die Stadt Amberg – in Abstimmung mit dem Landkreis Amberg-Sulzbach - ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept zu erarbeiten.

In der Gesetzesbegründung zu Artikel 69 AGSG werden die Ziele des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes erläutert:

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Zunahme der Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen ist es notwendig, im Rahmen eines regionalen Gesamtkonzeptes die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu stärken, Bildung und Bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren zu fördern, die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen, die geriatrischen und gerontopsychiatrischen, pflegerischen und hospizlichen Versorgungsangebote zu verzahnen und neue Wohn- und Pflegeformen für ältere und pflegebedürftige Menschen zu entwickeln.

Im Hinblick auf die zahlreichen Verflechtungen der Stadt Amberg mit dem Landkreis Amberg-Sulzbach und deren Substitutionswirkung im pflegerischen Bereich wurde das Seniorenpolitische Gesamtkonzept in Abstimmung mit dem Landkreis Amberg-Sulzbach erarbeitet.

Bei den Prognosen über die künftige Entwicklung von Bedarfen und Angeboten für Senioren wurde die voraussichtliche demographische Entwicklung für das Stadtgebiet Amberg berücksichtigt und daraus resultierend die Pflegebedarfsplanung für die Zukunft entwickelt.

Dieses Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist ein Rahmenkonzept, in dem Experten aus der Verwaltung, Akteure der Seniorenarbeit sowie pflegende Angehörige und Mitarbeiter von Pflegediensten tatkräftig mitgewirkt haben.

Einzelne Prozesse wurden dabei von der Hochschule Würzburg, der Evangelischen Hochschule Nürnberg sowie der Hochschule Amberg wissenschaftlich begleitet und unterstützt. Mit Beteiligung von über 100 Bürgerinnen und Bürgern und konstruktiven Hilfen aus allen gesellschaftlichen Bereichen konnte ein fundiertes und aussagekräftiges Seniorenpolitisches Gesamtkonzept erstellt werden.

Der gesamte Aufbau für die Erarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts orientiert sich an 9 Handlungsfeldern. Der Aufbau dieses Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts stellt sich wie folgt dar:

Teil I Pflegebedarfsplanung

Teil II Handlungsfelder

1. Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, Mobilität
2. Gesellschaftliche Teilhabe, Bürgerschaftliches Engagement von und für Seniorinnen und Senioren
3. Präventive Angebote
4. Wohnen zu Hause
5. Betreuung und Pflege
6. Unterstützung pflegender Angehöriger
7. Angebote für besondere Zielgruppen
8. Hospiz- und Palliativversorgung
9. Beratung, Information, Öffentlichkeitsarbeit, Steuerung, Kooperation, Koordination und Vernetzung

Die Pflegebedarfsplanung im Teil I erfolgte unter der wissenschaftlichen Betreuung von Hr. Prof. Dr. Kulke von der Hochschule Würzburg-Schweinfurt und Studierenden der Veranstaltung Sozialplanung. Herr Prof. Dr. Kulke lehrt an der Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften in Würzburg und war mehrere Jahre als Sozialplaner tätig.

Die Ausarbeitung der einzelnen Handlungsfelder im Teil II erfolgte unter der Federführung einer/s Expertin/Experten aus dem Kreis der Akteure für Seniorenarbeit.

Das Handlungsfeld 4 (Wohnen zu Hause), Handlungsfeld 6 (Unterstützung pflegender Angehöriger) sowie das Handlungsfeld 7 (Angebote für besondere Zielgruppen) hat Frau Prof. Dr. Brendebach von der Evangelischen Hochschule Nürnberg zusammen mit Studentinnen und Studenten wissenschaftlich begleitet.

Zur Vorbereitung der Workshops in den Handlungsfeldern wurden Bürgerbefragungen durchgeführt, Fragebögen an Einrichtungen und Verbände versandt und ausgewertet sowie telefonische Umfragen zur Senioren- und Vereinsarbeit herangezogen.

Zu den Workshops wurden Akteure in der Seniorenarbeit aus allen gesellschaftlichen Bereichen, politische Vertreter, Wohlfahrtsverbände, Leiter von ambulanten und stationären Einrichtungen sowie pflegende Angehörige und Pflegedienstmitarbeiter eingeladen. In den Workshops wurden die Ergebnisse aus den Bürgerbefragungen, Fragebögen an Einrichtungen und Umfragen bei Bürgerinnen und Bürgern präsentiert und analysiert. In den anschließenden Diskussionen wurden Stärken der aktuellen Seniorenarbeit aufgezeigt und Bedarfe im Stadtgebiet identifiziert. Für die einzelnen Handlungsfelder wurden schließlich unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Auswertungen und Bürgerbefragungen konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist als Anlage beigefügt.

b) Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept ist ein Rahmenkonzept und dient als Basis für künftige strategische und passgenaue Entscheidungen in der kommunalen Seniorenarbeit. Ziel ist es, ein umfangreiches Netz an Angeboten und Möglichkeiten zu knüpfen, das älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein individuelles, selbstbestimmtes Leben garantiert.

c) Kostenanschlag nach DIN 276 oder vergleichbar

d) Ablauf- bzw. Bauzeiten- und Mittelabflussplan

Personelle Auswirkungen:

keine

Finanzielle Auswirkungen:

Alternativen:

Anlagen:

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Dr. Knerer-Brütting
Rechtsdirektor

Verteiler:

Mitglieder des Hauptausschusses
Ref. 1, Ref. 2, Ref. 4, Amt 4.2, OB, RP
Zum Akt Beschlussvorlagen
Zum Akt Registratur